

TUGENDPARTEI

Grundsatzprogramm

Klugheit · Tapferkeit · Gerechtigkeit · Mäßigung

Präambel

Die Tugendpartei gründet sich auf die vier platonischen Kardinaltugenden: Klugheit, Tapferkeit, Gerechtigkeit und Mäßigung. Sie sind nicht bloße Programmsymbole, sondern gelebter politischer Anspruch – an unsere Kandidatinnen und Kandidaten, an unsere Abgeordneten und an unsere Arbeit in Regierung und Opposition gleichermaßen.

- **Klugheit:** Politik denkt in Generationen, nicht in Wahlperioden. Entscheidungen folgen der Evidenz, nicht der Stimmungslage.
- **Tapferkeit:** Unbequeme Wahrheiten werden vor der Wahl ausgesprochen, nicht danach. Mut zu unpopulären, aber notwendigen Entscheidungen ist kein Fehler, sondern Pflicht.
- **Gerechtigkeit:** Fairness gegenüber allen – unabhängig von Herkunft, Generationenzugehörigkeit oder gesellschaftlichem Status.
- **Mäßigung:** Selbstbeherrschung in Macht und Konsum. Kein Machtmissbrauch, keine Selbstbereicherung. Nicht der Größte, Stärkste oder Reichste sein wollen – sondern ein gutes Leben für alle ermöglichen.

Grundsatz: Überzeugung vor Popularität

Die Tugendpartei orientiert sich in ihrer Politik nicht an Umfragen, Stimmungslagen oder der Frage, was gerade mehrheitsfähig ist. Sie entwickelt ihre Positionen aus ihren Überzeugungen heraus und tritt für diese ein – auch wenn sie unbequem sind, auch wenn sie kurzfristig Zuspruch kosten.

Das bedeutet nicht, Kritik zu ignorieren oder beratungsresistent zu sein. Es bedeutet, dass eine gute Idee nicht dadurch schlechter wird, dass sie unpopulär ist – und eine schlechte nicht dadurch besser, dass sie Beifall bekommt.

Wer seine Politik am Applaus ausrichtet, ist kein Volksvertreter, sondern ein Spiegelbild der Stimmung des Tages. Die Tugendpartei will mehr sein als das.

Dies ist der unmittelbarste Ausdruck der Tapferkeit als politischer Tugend: Mut zu haben nicht im Angesicht physischer Gefahr, sondern im Angesicht von Gegenwind, Kritik und Stimmenverlust.

Grundsatz: Gegen Populismus und Vereinfachung

Politische Probleme sind fast immer vielschichtig. Wer einfache Antworten auf komplexe Fragen gibt, lügt – bewusst oder aus Bequemlichkeit. Die Tugendpartei lehnt jeden Populismus ab, gleich ob er von links oder rechts kommt.

Jede Maßnahme hat ihren Preis – finanziell, sozial oder politisch. Wer das verschweigt, betreibt Täuschung. Wer es ausspricht, zeigt Respekt gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Die Tugendpartei vertraut darauf, dass Menschen mit der Wahrheit umgehen können – auch wenn sie unbequem ist.

Einfache Lösungen für komplexe Probleme gibt es nicht. Wer sie verspricht, hat entweder das Problem nicht verstanden oder nimmt es mit der Wahrheit nicht so genau.

Staatsorganisation und Demokratie

Fachministerprinzip

Politische Ämter mit Richtlinienkompetenz erfordern echte fachliche Eignung – nicht nur parteiinterne Ochsentour. Die Tugendpartei fordert: Wer ein Ministeramt übernimmt, muss mindestens zehn Jahre einschlägige Berufserfahrung im jeweiligen Fachgebiet nachweisen.

- **Verteidigungsministerium:** mindestens 10 Jahre Dienst bei der Bundeswehr, im Verteidigungsapparat oder in vergleichbarer sicherheitspolitischer Funktion.
- **Gesundheitsministerium:** 10 Jahre im Gesundheitswesen (Ärztenschaft, Pflege, Verwaltung oder Forschung).
- **Finanzministerium:** 10 Jahre in Wirtschaft, Finanzverwaltung oder vergleichbarer Fachpraxis.
- **Justizministerium:** 10 Jahre juristische Praxis (Richteramt, Anwaltschaft, Staatsanwaltschaft oder Verwaltung).

Souveränität des Mandats

Die Tugendpartei bekennt sich uneingeschränkt zum freien Mandat des Grundgesetzes. Abgeordnete sind Vertreter des ganzen Volkes, nicht Befehlsempfänger ihrer Partei oder Erfüllungshelfen eines Koalitionsvertrags. Daraus folgt:

- **Kein Fraktionszwang.** Abgeordnete stimmen nach Wissen und Gewissen ab, nicht nach Vorgabe der Fraktionsführung.
- **Koalitionsverträge sind politische Absichtserklärungen, keine Stimmbindung.** Sie dürfen die spätere Gewissensentscheidung im Parlament nicht ersetzen.
- Koalitionsbildung ist Sache der gewählten Abgeordneten, nicht der Parteitage. Ein Parteitag ist ein innerparteiliches, nicht demokratisch im Sinne der Gesamtbevölkerung legitimes Gremium.
- Ministerinnen und Minister sind der sachpolitischen Überzeugung verpflichtet, nicht dem Koalitionsvertrag gegen die eigene fachliche Einschätzung.
- **Beschleunigte Regierungsbildung:** Nach der Wahl legen die Parteien zügig ihre programmatischen Eckpunkte und die Ressortverteilung fest. Monatslange Sondierungsverhandlungen widersprechen dem Klugheitsgebot handlungsfähiger Politik.

Parlamentsvorrang bei der Gesetzgebung

Gesetze werden im Parlament erarbeitet – nicht in Kommissionen, Expertengremien oder Ministerialverwaltungen, die demokratisch nicht legitimiert sind. Es ist Aufgabe der gewählten Abgeordneten, Gesetzentwürfe zu entwickeln, zu debattieren und zu verabschieden – nicht, fertige Vorlagen abzunicken, die anderswo entstanden sind.

Kommissionen und Fachgutachten können beratend tätig sein. Die gesetzgebende Arbeit selbst bleibt beim Parlament.

Keine Volksabstimmungen auf Bundesebene

Die Tugendpartei spricht sich gegen Volksabstimmungen auf Bundesebene aus. Die repräsentative Demokratie ist kein Mangel, sondern eine bewusste Schutzvorrichtung. Komplexe politische Fragen lassen sich nicht sinnvoll auf ein Ja oder Nein reduzieren – und Volksabstimmungen sind erfahrungsgemäß leicht durch Desinformation, emotionale Vereinfachung und gezielte Manipulation zu beeinflussen, wie das Beispiel des Brexit zeigt.

Gewählte Abgeordnete tragen Verantwortung für ihre Entscheidungen – sie sind abwählbar. Eine Volksabstimmung hingegen verschleiert Verantwortung, statt sie zu stärken.

Wahlrechtsreform: Trennung von Erst- und Zweitstimme

Die Tugendpartei spricht sich für die Rückkehr zum klassischen Zwei-Stimmen-System aus – mit einer entscheidenden Korrektur: Direktkandidatinnen und -kandidaten (Erststimme) dürfen nicht gleichzeitig auf der Landesliste (Zweitstimme) ihrer Partei stehen.

Das heutige Wahlrecht produziert Überhang- und Ausgleichsmandate vor allem deshalb, weil ein und dieselbe Person über die Erststimme ein Direktmandat gewinnen und zusätzlich über die Liste abgesichert sein kann. Trennt man Direktkandidatur und Listenplatz strikt, sinkt der Anreiz, Wahlkreise als reine Absicherung zu nutzen. Ergebnis: ein kleineres, aber weiterhin direkt und verhältnismäßig legitimes Parlament.

Einheitliches Wahlalter 18

Die Tugendpartei fordert die Rückkehr zu einem bundesweit einheitlichen Wahlalter von 18 Jahren – bei Bundestags-, Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen gleichermaßen.

Eine Wahlentscheidung setzt ein Mindestmaß an politischer Urteilsfähigkeit voraus. Mit 16 Jahren befinden sich viele junge Menschen noch in einer Phase der Selbstfindung und sind dadurch in besonderem Maße beeinflussbar – durch Elternhaus, Schule und vor allem soziale Medien. Das Wahlalter 18 als bewährte, einheitliche Grenze schafft Klarheit statt eines Flickenteppichs unterschiedlicher Regelungen je nach Bundesland und Wahlebene. Da das Wahlalter 16 bei Europa- und Landtagswahlen per einfachem Gesetz eingeführt wurde, ist die Rückführung auf einfachem Gesetzgebungsweg möglich.

Familie und Bildung

Familienbild: Erziehung als Aufgabe der Eltern

Die Tugendpartei geht davon aus, dass die Erziehung von Kindern in erster Linie Aufgabe der Eltern ist – nicht des Staates. Staatliche Familienpolitik soll Eltern darin unterstützen, diese Aufgabe wahrzunehmen, sie ihnen aber nicht abnehmen.

- **Kinderkrippen als Notlösung, nicht als Regelfall.** Betreuungsangebote für die Kleinsten sind vor allem für Alleinerziehende und Familien in wirtschaftlicher Notlage gedacht, nicht als familienpolitisches Leitbild für alle. Kinder unter zwei Jahren benötigen einen Personalschlüssel, der in der Praxis kaum realisierbar ist. Hinzu kommt, dass häufig wechselnde Bezugspersonen – wie sie aufgrund von Personalmangel in Krippen und Kindergärten gang und gäbe sind – für kleine Kinder nachweislich schädlich sind. Eine verlässliche, stabile Bindung in den ersten Lebensjahren ist keine Frage des Komforts, sondern der kindlichen Entwicklung.
- **Ziel: Ein Elternteil mit Zeit für die Erziehung.** Die Tugendpartei strebt an, dass in jeder Familie ein Elternteil ausreichend Zeit für die Erziehung der Kinder hat. Welches Elternteil das ist, entscheiden die Eltern selbst – die Politik schafft die Rahmenbedingungen, ohne eine bestimmte Rollenverteilung vorzuschreiben.
- **Kindergarten ab drei Jahren, Schulpflicht ab sechs Jahren – unverrückbar.** Ab dem dritten Lebensjahr besteht ein Anspruch auf einen Kindergartenplatz. Ab sechs Jahren gilt die allgemeine Schulpflicht. Diese ist nicht verhandelbar und darf nicht durch Heimunterricht ersetzt werden. Schule ist nicht nur Wissensvermittlung, sondern der Ort, an dem Kinder soziale Kompetenz und Vielfalt an Perspektiven erfahren.
- **Erziehungszeiten bei der Rente vollständig anrechnen.** Wer Kinder erzieht, erbringt eine gesellschaftliche Leistung, die nicht mit Altersarmut bestraft werden darf. Erziehungszeiten werden bei der Rentenberechnung so angerechnet, dass niemand aus Angst vor finanziellen Nachteilen im Alter auf die Zeit für seine Kinder verzichten muss.

Schulpolitik: Grundlagen stärken, Lehrkräfte entlasten

Die Tugendpartei steht für eine Entschlackung der Bildungspläne und eine Rückbesinnung auf Grundlagenkompetenzen statt ständig wachsender Lehrplankomplexität.

- **Schlanke Bildungspläne.** Lehrpläne umreißen Themen und Bildungsziele grob, statt jede Unterrichtsstunde vorzugeben. Lehrkräfte erhalten dadurch wieder größeren pädagogischen Gestaltungsspielraum.
- **Verzicht auf Englisch in der Grundschule.** Stattdessen Konzentration auf Deutsch und Mathematik als fundamentale Grundlagenfächer, auf denen aller späterer Lernerfolg aufbaut.
- **Kein Einsatz von Tablets und digitalen Endgeräten in Primarstufe und Sekundarstufe I.** Stattdessen handschriftliches Schreiben als Regelfall. Handschrift fördert nachweislich Gedächtnisleistung und Verständnis stärker als digitales Schreiben.

Wissenschaft und Forschung

Wissenschaft ist ein Selbstzweck – sie dient der Erkenntnis, nicht dem unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen. Die Tugendpartei tritt dafür ein, dass Forschung unabhängig bleibt und nicht unter den Einfluss finanzieller Interessen gerät.

- **Keine Abhängigkeit von Unternehmensspenden.** Drittmittel aus der Privatwirtschaft dürfen nicht zur Hauptfinanzierungsquelle von Forschungseinrichtungen werden. Wer die Forschung bezahlt, beeinflusst ihre Ergebnisse – bewusst oder unbewusst.
- **Schutz vor Ergebnisdruck.** Forscher dürfen nicht in eine Lage gebracht werden, in der sie Ergebnisse produzieren müssen, die für ihre Geldgeber angenehm sind. Wissenschaftliche Integrität erfordert, dass unangenehme Befunde genauso veröffentlicht werden können wie erwünschte.
- **Keine Hierarchie der Wissenschaften.** Ob Betriebswirtschaft oder Geschichte, Ingenieurwesen oder Philosophie – alle Disziplinen sind gleichwertig zu fördern. Die wirtschaftliche Verwertbarkeit einer Wissenschaft ist kein Maßstab für ihre Bedeutung.

Digitales und Jugendschutz

Jugendmedienschutz: Gestufter Zugang statt Symbolpolitik

Die Tugendpartei tritt für einen verbindlichen, altersgestuften Zugang zu Smartphones und sozialen Netzwerken ein – als Ausdruck von Mäßigung und Gerechtigkeit gegenüber denen, die sich noch nicht selbst schützen können.

- **Smartphone-Mindestabgabalter: 14 Jahre.** Der Verkauf bzw. die Überlassung eines eigenen, internetfähigen Smartphones an Minderjährige unter 14 Jahren ist untersagt.
- **Nutzungsverbot in der Öffentlichkeit für Kinder unter 14.** Die Verantwortung für die Einhaltung liegt bei den Erziehungsberechtigten.
- **Soziale Netzwerke erst ab 16 Jahren.** Plattformen wie Facebook, Instagram oder TikTok dürfen Minderjährigen unter 16 Jahren nicht zugänglich sein.
- **Wirksame, technische Alterskontrolle in der Pflicht der Betreiber.** Eine reine Selbstauskunft beim Anmelden reicht nicht aus.
- **Haftung der Betreiber bei Verstößen.** Erhalten Minderjährige trotz dieser Vorgaben Zugang, haften die Netzbetreiber und können zivilrechtlich verklagt werden.
- **Schutz vor Sucht- und Glücksspielelementen in digitalen Spielen.** Viele kostenlose Computerspiele finanzieren sich durch sogenannte Lootboxen, künstliche Verknappung oder andere Mechanismen, die gezielt Suchtverhalten erzeugen. Für Minderjährige müssen diese Elemente vollständig gesperrt sein. Eine reine Selbstauskunft oder Elternverantwortung reicht nicht aus – die Pflicht liegt bei den Anbietern. Versagen ihre Schutzmaßnahmen, haften sie zivilrechtlich.

- **Wirksamer Schutz vor Pornografie im Internet.** Der Zugang zu pornografischen Inhalten im Internet ist für Minderjährige verboten. Eine bloße Altersabfrage per Klick genügt nicht. Anbieter sind verpflichtet, wirksame technische Alterskontrolle einzusetzen. Können Minderjährige trotzdem auf solche Inhalte zugreifen, können die Anbieter zivilrechtlich verklagt werden.
- **Keine staatlichen und öffentlich-rechtlichen Auftritte auf kommerziellen Plattformen.** Staatsorgane, Behörden und öffentlich-rechtliche Medien sollen nicht auf Plattformen wie TikTok, Instagram oder Facebook vertreten sein. Wer dort präsent ist, verleiht diesen Plattformen Legitimität – unabhängig davon, was er inhaltlich kommuniziert. Es ist widersprüchlich, einerseits die Geschäftsmodelle dieser Plattformen zu kritisieren und andererseits durch die eigene Präsenz zu ihrer Reichweite beizutragen. Staatliche Kommunikation gehört auf staatliche oder öffentlich-rechtliche Kanäle.

Ein staatliches, suchtfreies soziales Netzwerk

Die Tugendpartei setzt sich für den Aufbau eines öffentlich-rechtlichen sozialen Netzwerks ein – als mäßigungsorientierte Alternative zu kommerziellen Plattformen, deren Geschäftsmodell auf Aufmerksamkeitsbindung beruht.

- **Verzicht auf Suchtmechanismen.** Kein algorithmisches Engagement-Optimieren, kein Infinite Scroll, keine Like-Zähler-Dynamik, kein gezieltes Ausspielen von Empörungsinhalten.
- **Keine Filterblasen.** Inhalte werden chronologisch oder nach transparenten, nicht-manipulativen Kriterien angezeigt.
- **Aufbau auf bestehender Infrastruktur der Schulnetzwerke.** Schulische Plattformen werden so weiterentwickelt, dass die Schule nur noch eine Gruppe innerhalb eines größeren, für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglichen Netzwerks ist.
- **Kein Verkauf von Nutzerdaten, keine Werbefinanzierung durch Profilbildung.** Finanzierung über öffentliche Mittel, vergleichbar einem digitalen Pendant zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

Recht und Justiz

Einschränkung von Klagemöglichkeiten bei Ermessensentscheidungen

Nicht alles, was entschieden wird, ist von außen beurteilbar – und nicht jede Entscheidung sollte deshalb anfechtbar sein. Die Tugendpartei tritt dafür ein, Klagemöglichkeiten auf Fälle zu beschränken, in denen ein klarer Verfahrensfehler oder ein Verstoß gegen geltendes Recht vorliegt.

- **Ermessensentscheidungen bleiben bei der zuständigen Instanz.** Das Ergebnis einer mündlichen Prüfung beurteilt die Prüfungskommission – nicht ein Gericht. Regelwerke sollen klar benennen, wer für welche Entscheidung zuständig ist, und diese Zuständigkeit schützen.

- **Rechtsmittel lösen keine inhaltlichen Fehler.** Menschen machen Fehler – das gilt für Prüfer ebenso wie für Richter. Durch den Einbezug von Rechtsanwälten werden inhaltliche Fehler nicht korrigiert, sondern lediglich in Verfahrensfragen überführt. Das Ergebnis ist mehr Bürokratie und mehr Formalien – nicht mehr Gerechtigkeit.
- **Klare Zuständigkeiten statt Klagekultur.** Statt nachträgliche Rechtsmittel auszuweiten, sollen Regelwerke so formuliert werden, dass Zuständigkeiten eindeutig sind und Entscheidungen von den dafür vorgesehenen Instanzen getroffen und verantwortet werden.
- **Kein gerichtlicher Eingriff in institutionelle Ordnungsmaßnahmen.** Schulen, Ausbildungsbetriebe und vergleichbare Einrichtungen müssen in der Lage sein, Ordnungsmaßnahmen – einschließlich der Kündigung eines Ausbildungsverhältnisses – verbindlich durchzusetzen, wenn die dafür vorgesehenen Verfahren eingehalten wurden. Gerichte sollen prüfen können, ob das Verfahren korrekt war. Das inhaltliche Ergebnis jedoch – ob eine Kündigung angemessen war – obliegt der Institution, nicht dem Gericht. Ein Richterspruch, der eine inhaltlich korrekte Entscheidung aus formalen Erwägungen kippt, untergräbt die Autorität der zuständigen Instanz und produziert Ergebnisse, die niemanden weiterbringen.

Gesellschaft

Ein Dienstjahr für alle

Die Tugendpartei befürwortet ein verpflichtendes Dienstjahr für alle jungen Menschen – unabhängig von Geschlecht oder Herkunft. Es kann wahlweise beim Bund (Bundeswehr) oder im zivilen Bereich abgeleistet werden, etwa in Pflege, Sozialarbeit, Katastrophenschutz oder Umweltschutz. Das Dienstjahr stärkt den Zusammenhalt der Gesellschaft, fördert Verantwortungsbewusstsein und gibt jungen Menschen Einblick in Lebenswelten jenseits des eigenen Umfelds.

Bekämpfung von Prostitution: Das Nordische Modell

Die Tugendpartei lehnt die Anerkennung von Prostitution als gewöhnliches Gewerbe ab. Prostitution beruht strukturell auf Ausbeutung, und eine Gewerbeordnung schützt in der Praxis vor allem Zuhälterstrukturen – nicht die betroffenen Menschen.

Die Tugendpartei orientiert sich am Nordischen Modell, das in Schweden, Norwegen, Frankreich und weiteren Ländern gilt:

- **Strafbarkeit des Sexkaufs, nicht der Prostituierten selbst.** Wer Sexualleistungen kauft, macht sich strafbar – die Personen, die Sex verkaufen, werden nicht kriminalisiert.
- **Ausstiegsprogramme.** Begleitung, Qualifizierung und finanzielle Unterstützung für Betroffene, die aus der Prostitution aussteigen wollen.
- Konsequente Verfolgung von Zuhälterei und Menschenhandel mit deutlich verschärften Strafen.
- **Kein Bordellbetrieb als reguläres Gewerbe.** Rückbau der Legalisierung des Prostitutionsgewerbes von 2002.

Verbot der Leihmutterschaft

Leihmutterschaft ist in Deutschland verboten – und das zu Recht. Im Verlauf einer Schwangerschaft entsteht zwischen Mutter und Kind eine emotionale Bindung, die sich nicht im Voraus wegvertraglich lässt. Eine Frau, die sich zur Leihmutterschaft bereit erklärt hat, kann nach der Geburt nicht einfach auf dieses Kind verzichten – unabhängig davon, was sie zuvor vereinbart hat. Leihmutterschaft behandelt Frauen als Mittel zum Zweck und setzt sie einem emotionalen Trauma aus, das durch keinen Vertrag verhindert werden kann. Die Tugendpartei spricht sich gegen jede Legalisierung oder Liberalisierung der Leihmutterschaft aus.

Gegen Rassismus und Antisemitismus

Die Tugendpartei tritt entschieden gegen Rassismus und Antisemitismus in jeder Form ein – einschließlich ihrer subtileren Erscheinungsformen durch Verschwörungserzählungen und Stereotype, die oft im Gewand vermeintlich legitimer Kritik daherkommen.

- Klare Haltung gegen offenen wie verdeckten Rassismus, unabhängig davon, gegen welche Gruppe er sich richtet.
- Konsequente Ablehnung von Antisemitismus, auch dort, wo er sich hinter Chiffren, Verschwörungserzählungen oder vermeintlicher Israelkritik verbirgt.
- Bildung als zentrales Instrument: Aufklärung über Mechanismen von Verschwörungsdenken und Stereotypenbildung.

Umgang mit dem Islam: Differenzierung statt Pauschalverurteilung

Die Tugendpartei lehnt eine pauschale Verurteilung des Islam ab und setzt auf gezielte Stärkung der friedlichen, moderaten Strömungen sowie auf konsequenten Ausschluss extremistischer Einflüsse aus dem schulischen Bereich.

- Stärkung moderater, friedlicher muslimischer Verbände und Gemeinden. Intensivierung des Dialogs mit ihnen statt pauschaler Verdächtigung.
- Islamischer Religionsunterricht geht von moderaten, demokratisch verfassten Verbänden aus – nicht von Akteuren, die staatsfern oder aus dem Ausland gesteuert agieren.
- Ausschluss extremistischer und antisemitischer Gruppierungen vom schulischen Islamunterricht. Verbände, die Antisemitismus verbreiten oder als verlängerter Arm ausländischer Regierungen fungieren, werden von der Trägerschaft ausgeschlossen.

Außen- und Sicherheitspolitik

Europa und NATO

Die Tugendpartei bekennt sich klar zur Europäischen Union und zur NATO-Mitgliedschaft Deutschlands als Grundpfeiler deutscher Außen- und Sicherheitspolitik.

- **Die EU als Friedensprojekt.** Die europäische Integration hat dem Kontinent die längste Friedensperiode seiner Geschichte beschert. Diese Errungenschaft darf nicht aufs Spiel gesetzt werden.
- **Reform statt Austritt oder Zerschlagung.** Berechtigte Kritik an Bürokratie oder Demokratiedefiziten führt zur Forderung nach Reform – nicht nach Auflösung oder Austritt.
- **Unverzichtbare NATO-Mitgliedschaft.** Die NATO-Mitgliedschaft ist für die Sicherheit Deutschlands und seiner Verbündeten nicht verhandelbar.
- **Klare Kompetenzabgrenzung in der EU.** Die Europäische Union soll sich auf die Bereiche konzentrieren, die einer gemeinsamen europäischen Lösung bedürfen – Außen- und Sicherheitspolitik, Binnenmarkt, Klimaschutz, Migration. Was die einzelnen Mitgliedstaaten besser selbst regeln können, bleibt in ihrer Zuständigkeit. Eine klare Abgrenzung nach dem Vorbild des föderalen Prinzips – ähnlich der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern in Deutschland – schützt vor Bürokratie und stärkt die demokratische Legitimität der EU.
- **Demokratische Wahl des EU-Ratspräsidenten.** Der Präsident des Europäischen Rates soll künftig vom Europäischen Parlament gewählt werden – nicht hinter verschlossenen Türen von den Staats- und Regierungschefs ausgehandelt. Nur so erhält das Amt die demokratische Legitimität, die seiner Bedeutung entspricht.

Staat Israel

Die Tugendpartei tritt entschieden für das Existenzrecht des Staates Israel ein – das ist nicht verhandelbar und Teil unserer Staatsräson.

Gleichzeitig gilt: Bündnistreue bedeutet keine Kritiklosigkeit. Sachliche Kritik an konkreter israelischer Politik – insbesondere an der Siedlungspolitik im Westjordanland – muss möglich und selbstverständlich sein, ohne dass sie als Angriff auf das Existenzrecht Israels missverstanden oder diffamiert wird.

Ebenso unverhandelbar ist das Recht des palästinensischen Volkes auf einen eigenen, unabhängigen und lebensfähigen Staat. Die Tugendpartei tritt für eine Zwei-Staaten-Lösung ein, in der beide Völker in Sicherheit und Würde nebeneinander leben können. Ein dauerhafter Frieden ist ohne eine gerechte politische Perspektive für die Palästinenser nicht möglich.

Erinnerungskultur und Geschichtsbewusstsein

Die Tugendpartei bekennt sich zu einer lebendigen, ehrlichen Erinnerungskultur. Wer die Verbrechen der Vergangenheit vergisst oder verdrängt, riskiert ihre Wiederholung. Wer gleichzeitig die großen Leistungen und Persönlichkeiten der Geschichte ausblendet, beraubt die Gesellschaft ihres Fundaments aus Identität und Inspiration.

- **Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus als unverrückbare Pflicht.** Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust und den Verbrechen des Dritten Reichs bleibt zentraler Bestandteil des Geschichtsunterrichts und der öffentlichen Erinnerungskultur – nicht als Schuld kult, sondern als Verantwortung gegenüber den Opfern und als Schutz vor Wiederholung.

- **Erinnerungskultur umfasst mehr als den Nationalsozialismus.** Auch die Verbrechen des deutschen Kolonialismus und der Kaiserzeit gehören zur ehrlichen Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte. Eine Gesellschaft, die nur die bequemen Kapitel ihrer Vergangenheit kennt, ist gegen Wiederholung nicht gewappnet.
- **Mehr Raum für große Denker, Erfinder und Gestalter im Geschichtsunterricht.** Geschichte ist nicht nur eine Geschichte von Verbrechen und Kriegen. Persönlichkeiten wie Gottfried Wilhelm Leibniz, Immanuel Kant, Gottlieb Daimler oder Artur Fischer stehen für das gestalterische, erfinderische und geistige Potenzial, das Deutschland und die Welt geprägt hat. Ihr Wirken soll im Geschichtsunterricht deutlich mehr Raum erhalten.

Tugendlogik: Klugheit, weil eine Gesellschaft, die ihre Geschichte vollständig kennt – Licht und Schatten –, besser gerüstet ist für die Zukunft. Gerechtigkeit, weil sowohl den Opfern der Verbrechen als auch den großen Leistungen der Geschichte ihr angemessener Platz gebührt. Mäßigung, weil weder einseitige Schuldzentrierung noch unkritische Heldenverehrung der richtige Weg ist.

Deutschland kann stolz darauf sein, dass es sich seiner Geschichte kritisch gestellt hat – auch den dunkelsten Kapiteln. Diese Fähigkeit zur ehrlichen Selbstreflexion ist keine Schwäche, sondern eine Stärke. Sie unterscheidet eine reife Demokratie von Staaten, in denen kritische Geschichtsbetrachtung tabu ist oder unter Strafe steht – wie es etwa in Russland oder der Türkei der Fall ist, wo Geschichte vor allem als Instrument nationaler Selbstverherrlichung dient. Diesen Weg wird die Tugendpartei niemals gehen.

Klimapolitik

Die Tugendpartei erkennt den menschengemachten Klimawandel als die größte Herausforderung der kommenden Jahrzehnte an. Ihm wird mit Maßnahmen begegnet, die wissenschaftlich fundiert sind – nicht mit Symbolpolitik und auch nicht mit Verharmlosung.

- **Wissenschaftliche Evidenzbasierung als Maßstab.** Klimamaßnahmen orientieren sich am wissenschaftlichen Konsens, nicht an Ideologie, Symbolik oder kurzfristiger Stimmungslage.
- **Ehrliche Kommunikation statt Sonntagsreden.** Die Bevölkerung wird offen über unbequeme, aber notwendige Maßnahmen informiert – vor Wahlen, nicht erst danach.
- **Konsequenz statt Ankündigungspolitik.** Einmal als wissenschaftlich notwendig erkannte Maßnahmen werden umgesetzt.

Dieser Programmpunkt vereint alle vier Tugenden: Klugheit (Wissenschaftsbasierung), Tapferkeit (unbequeme Wahrheiten benennen), Gerechtigkeit (Lasten fair zwischen Generationen verteilen) und Mäßigung (sachliche Mitte zwischen Verharmlosung und Alarmismus).